

Lisken/Denninger/Bäcker  
Handbuch Polizei- und Sicherheitsrecht



# Handbuch Polizei- und Sicherheitsrecht

Gefahrenabwehr – Strafverfolgung – Rechtsschutz

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL. M.**

Universitätsprofessor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

8., vollständig überarbeitete Auflage

des von Prof. Dr. Hans Liskén † und Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger †  
begründeten Werks

2026



Zitiervorschlag  
LDB PolR-HdB/Kremer Kap. 1 Rn. 1

**beck.de**

ISBN 978 3 406 80595 0

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
info@beck.de

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig  
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

- Prof. Dr. Hartmut Aden ..... Professor für Öffentliches Recht, Europarecht, Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
- Prof. Dr. Clemens Arzt ..... Ehemaliger Professor für Staats- und Verwaltungsrecht und Recht der Fahrzeugautomatisierung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
- Prof. Dr. Matthias Bäcker,  
LL.M. .... Professor für Öffentliches Recht und Informationsrecht, insbesondere Datenschutzrecht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Prof. Dr. Tristan Barczak,  
LL.M. .... Professor für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien an der Universität Passau
- Nils Bergemann ..... Regierungsdirektor bei der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Bonn
- Elisabeth Buchberger† ..... Richterin am Bundesverwaltungsgericht a. D.
- Prof. Dr. Helmut Frister ..... Seniorprofessor für Strafrecht an der Heinrich Heine-Universität Düsseldorf
- Dr. Stephanie Gamp ..... Richterin am Bundesverwaltungsgericht
- Dr. Rainald Gerster ..... Präsident des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main
- Jun.-Prof. Dr. Sebastian Golla ..... Juniorprofessor für Kriminologie, Strafrecht und Sicherheitsforschung im digitalen Zeitalter an der Ruhr-Universität Bochum
- Prof. Dr. Andrea Kießling ..... Professorin für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht und Migrationsrecht an der Goethe Universität Frankfurt a. M.
- Michael Kniesel ..... Rechtsanwalt; Staatsrat a. D., Bonn
- Prof. Dr. Carsten Kremer,  
M. A., M. Jur. (Oxford) ..... Professor für Öffentliches Recht und Neuere Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Universität Rostock
- Dr. Reinhard Marx ..... Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
- Prof. Dr. Michael W. Müller,  
M. A., LL.M. (Cambridge) .... Professor für Öffentliches Recht, Europäisches Wirtschaftsrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Mannheim
- Prof. Dr. Ralf Poscher ..... Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht Freiburg; Honorarprofessor an der Albert Ludwigs-Universität Freiburg

## **Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter**

---

- Prof. Dr. Fredrik Roggan ..... Professor an der Hochschule der Polizei des Landes  
Brandenburg
- Dr. Thomas Schwabenbauer .. Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof,  
München
- Prof. Dr. Friederike Wapler ... Professorin für Rechtsphilosophie und Öffentliches  
Recht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Dr. Dieter Weingärtner ..... Ministerialdirektor a. D., Berlin

## **Vorwort zur achten Auflage**

Im Dezember 2021 ist Erhard Denninger, Mitbegründer und bis zuletzt Mitherausgeber des Handbuchs, verstorben. Herausgeber und Verlag werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und sind bestrebt, den von Erhard Denninger und Hans Lisken verfolgten konsequent rechtsstaatlichen Ansatz fortzuführen.

Des Weiteren ist zur achten Auflage Kurt Graulich als Herausgeber und Autor ausgeschieden. Alleiniger Herausgeber des Handbuchs ist nunmehr Matthias Bäcker. Herausgeber und Verlag danken Kurt Graulich für die ertragreiche Zusammenarbeit. Als neuer Autor konnte Tristan Barczak gewonnen werden. Tristan Barczak und Matthias Bäcker haben das bisher von Kurt Graulich verantwortete Kapitel zum Polizeihandeln neu verfasst.

Elisabeth Buchberger ist im Juni 2022 verstorben. Auch an sie wird hier noch lange gedacht werden. Die Bearbeitung der von Elisabeth Buchberger verfassten Kapitel zum Rechtsschutz sowie zum Staatshaftungs- und Kostenrecht hat Stephanie Gamp übernommen.

In die achte Auflage waren erneut weitreichende Änderungen der gesetzlichen Grundlagen wie auch wichtige Entwicklungen in der verfassungs- und fachgerichtlichen Rechtsprechung einzuarbeiten. Dabei wurde erneut deutlich, dass sich das Polizeirecht adäquat nur noch als Teil eines behördenübergreifenden Sicherheitsrechts beschreiben und bewerten lässt. Inhaltlich hat das Handbuch dieser Einbettung immer schon Rechnung getragen. Nunmehr soll sie auch im Titel zum Ausdruck gelangen.

Mainz im Juli 2025

Matthias Bäcker



## Inhaltsübersicht

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	V
Vorwort zur achten Auflage .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	LVII
<b>Kapitel 1. Geschichte der Polizei in Deutschland</b> .....	1
I. Die Polizei im frühmodernen Staat (15. bis 18. Jahrhundert) .....	6
II. Die Polizei in der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts .....	13
III. Die Polizei in der Weimarer Republik und unter dem nationalsozialistischen Regime .....	28
IV. Die Polizei nach 1945 .....	33
V. Die Entwicklung der Polizei von 1960 bis zur Wiedervereinigung .....	40
VI. Die Polizei seit 1990 .....	53
<b>Kapitel 2. Die Polizei in der deutschen Sicherheitsarchitektur</b> .....	71
I. Organisation der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in Deutschland ..	78
II. Bundesstaatliche Grundlagen der Polizeiarbeit .....	129
III. Organisationsverfassungsrechtliche Grundlagen der Polizeiarbeit .....	157
<b>Kapitel 3. Polizeiaufgaben und Regelungsmuster des polizeilichen Eingriffsrechts</b> .....	189
I. Die Polizei in der Aufgabenordnung .....	196
II. Regelungsmuster des präventiven Handlungsfeldes .....	208
III. Regelungsmuster des repressiven Handlungsfeldes .....	287
IV. Überlappungen und Wechselwirkungen von präventivem und repressivem Handlungsfeld .....	299
<b>Kapitel 4. Das Polizeihandeln</b> .....	307
I. Formen des polizeilichen Handelns .....	323
II. Handlungsleitende Maßstäbe .....	337
III. Polizeirechtliche Generalklauseln .....	365
IV. Standardbefugnisse .....	394
V. Polizeilicher Zwang .....	567
<b>Kapitel 5. Polizeihandeln im Strafverfahren</b> .....	597
I. Strafverfahren und die strafprozessualen Aufgaben der Polizei .....	602
II. Vernehmung .....	609
III. Allgemeine Fragen des strafprozessualen Eingriffsrechts .....	641
IV. Untersuchungshaft und vorläufige Festnahme .....	660
V. Fahndungsmaßnahmen und Identitätsfeststellung .....	676
VI. Sicherstellung .....	681
VII. Durchsuchung .....	692
VIII. Körperliche Untersuchungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen und DNA-Analyse .....	698

# Inhaltsübersicht

---

<b>Kapitel 6. Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht</b>	719
<b>Teil I. Verfassungs-, unions- und konventionsrechtliche Vorgaben</b>	742
I. Einleitung: Die Polizei der digitalen Gesellschaft im Mehrebenensystem des Rechts	742
II. Verfassungsrecht	750
III. Unions- und Konventionsrecht	869
<b>Teil II. Einfachrechtliche Ausgestaltung der Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht</b>	972
I. Grundlagen des Rechts der polizeilichen Informationsverarbeitung	972
II. Datenerhebung	985
III. Weiterverarbeitung von Daten	1047
IV. Befugnisse zur Datenübermittlung	1060
V. Befugnisse zum Datenabgleich	1080
<b>Teil III. Flankierende Vorgaben zur Datenverarbeitung im Recht von Bund und Ländern</b>	1108
I. Datenhaltung	1108
II. Technische Vorbereitung und Gestaltung von Datenverarbeitung	1109
III. Dokumentation	1113
IV. Organisation	1117
V. Information	1118
<b>Teil IV. Aufsichtsbehörden nach dem Recht von Bund und Ländern</b>	1120
I. Bundes- und Landesbeauftragte für den Datenschutz als Aufsichtsbehörden	1120
II. Auslöser für ein Tätigwerden der Aufsichtsbehörde	1121
III. Ausgestaltung der Aufsicht	1122
IV. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde	1129
V. Rechtsschutz des Verantwortlichen gegen die Aufsichtsbehörde	1132
<b>Teil V. Rechte der betroffenen Person</b>	1132
I. Auskunftsanspruch der betroffenen Person	1132
II. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde	1134
III. Rechtsschutz gegen den Verantwortlichen (Art. 54 DSRL-JI)	1134
IV. Möglichkeit widersprechender Gerichtsentscheidungen: Verfahren gegen die Aufsichtsbehörde und gegen den Verantwortlichen	1135
<b>Teil VI. Praxis der polizeilichen Datenverarbeitung</b>	1136
I. Praxis und Herausforderungen der polizeilichen Datenverarbeitung	1136
II. Neugestaltung der polizeilichen Datenverarbeitung – von Polizei 2020 bis P20	1144
III. Einsatzleitstellen, Vorgangs- und Fallbearbeitung	1152
IV. Polizeilicher Informationsverbund	1161
V. Videoüberwachung, Personen-, Gesichts- und Verhaltenserkennung	1184
VI. Polizeiliche Analyseysteme und Data Mining	1195
VII. Weitere relevante Dateien und Systeme	1200
VIII. Europäischer Datenaustausch	1210
IX. Interpol	1213
<b>Kapitel 7. Nachrichtendienste und Polizei</b>	1217
I. Entwicklung und verfassungsrechtlicher Rahmen	1221
II. Aufgaben und Befugnisse	1229
III. Allgemeine Verfahrenssicherungen	1320

<b>Kapitel 8. Gefahrenabwehr durch Ordnungsverwaltung</b> .....	1329
I. Aufenthaltsrecht .....	1335
II. Gesundheitsrecht .....	1374
III. Hilfeleistungsrecht .....	1393
IV. Luftsicherheitsrecht .....	1410
V. Melde-, Pass- und Ausweisrecht .....	1431
VI. Straßenverkehrsrecht .....	1469
VII. Öffentliches Vereinsrecht .....	1481
VIII. Waffenrecht .....	1510
IX. IT-Sicherheitsrecht .....	1532
X. Einsatz der Bundeswehr im Innern .....	1546
<b>Kapitel 9. Versammlungsrecht</b> .....	1569
I. Historischer Aufriss .....	1576
II. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben .....	1578
III. Kompetenzen für das Versammlungswesen .....	1581
IV. Grundrechtlicher Schutz .....	1589
V. Vorgaben der Versammlungsgesetze .....	1641
<b>Kapitel 10. Rechtsschutz</b> .....	1699
I. Einleitung .....	1701
II. Rechtsschutz gegen polizeirechtliche Maßnahmen .....	1706
III. Rechtsschutz gegen strafprozessuale Eingriffe .....	1755
<b>Kapitel 11. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht und Haftung des     Bürgers für Polizeikosten</b> .....	1765
I. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht .....	1770
II. Haftung für Polizeikosten .....	1803
<b>Kapitel 12. Europäische Rechtsgrundlagen und Institutionen des     Polizeihandelns</b> .....	1845
I. Einführung .....	1849
II. Rechtsgrundlagen des europäisierten Polizeihandelns im Wandel .....	1857
III. EU-Agenturen und -Einrichtungen für die Polizei- und Justizzusammen- arbeit .....	1876
IV. Zentralisierter und vernetzter Informationsaustausch .....	1899
V. Polizeiliche Unterstützung anderer EU-Staaten bei Ermittlungen und Fahndung jenseits des Informationsaustausches .....	1916
VI. Polizeihandeln auf dem Hoheitsgebiet anderer EU-Staaten .....	1927
VII. Polizeihandeln an den Schnittstellen zwischen innerer Sicherheit und EU- Außenpolitik .....	1940
VIII. Fazit und Ausblick .....	1943
Sachverzeichnis .....	1947



# Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	V
Vorwort zur achten Auflage .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	LVII
<b>Kapitel 1. Geschichte der Polizei in Deutschland</b> ( <i>Kremer</i> ) .....	1
I. Die Polizei im frühmodernen Staat (15. bis 18. Jahrhundert) .....	6
1. „Policey“ und Polizeiordnungen im 15. und 16. Jahrhundert .....	6
2. Polizei und Polizeiwissenschaft im Zeitalter des Absolutismus (17. und 18. Jahrhundert) .....	9
II. Die Polizei in der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts .....	13
1. Wandel des Polizeibegriffs .....	13
2. Entwicklung der Polizei im 19. Jahrhundert .....	17
3. Liberale Polizeikritik .....	23
4. Polizei und Rechtsstaat .....	24
III. Die Polizei in der Weimarer Republik und unter dem nationalsozialistischen Regime .....	28
1. Organisation der Polizei in der Weimarer Republik .....	28
2. Die Polizei als Instrument der nationalsozialistischen Diktatur .....	31
IV. Die Polizei nach 1945 .....	33
1. Die Polizei unter der Besatzungsherrschaft .....	33
2. Die „Restauration“ der Polizei in der frühen Bundesrepublik .....	36
V. Die Entwicklung der Polizei von 1960 bis zur Wiedervereinigung .....	40
1. Einbeziehung Ehrenamtlicher in die Polizeiarbeit .....	41
2. Studentenunruhen und Notstandsgesetze .....	41
3. Bedrohung durch den Terrorismus und Zentralisierungstendenzen .....	42
4. Vereinheitlichung des Polizeirechts durch den Musterentwurf und Herausbildung des polizeilichen Datenschutzes .....	48
5. Streit über das Schutzgut „öffentliche Ordnung“ .....	49
6. Versammlungsrecht .....	50
7. Polizeigesetzgebung in der DDR .....	52
VI. Die Polizei seit 1990 .....	53
1. Entwicklung des Sicherheitsrechts von 1990 bis zum 11.9.2001 .....	53
2. Umbau der Sicherheitsarchitektur nach dem 11.9.2001 .....	58
3. Reform des EU-Datenschutzes und neue Befugnisse zur Verhütung terroristischer Straftaten .....	67
<b>Kapitel 2. Die Polizei in der deutschen Sicherheitsarchitektur</b> ( <i>Roggan/Bäcker</i> ) .....	71
I. Organisation der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in Deutschland ( <i>Roggan</i> ) .....	78
1. Vorbemerkung .....	78
a) Kennzeichen und Entwicklungen .....	78
b) Begrifflichkeiten .....	82

# Inhaltsverzeichnis

---

2. Kommunale Sicherheitsbehörden .....	87
a) Ordnungsämter .....	88
b) Insbesondere: „Stadtpolizei“ .....	88
3. Polizeibehörden der Länder .....	89
a) Polizeipräsidien/Polizeidirektionen .....	90
b) Bereitschaftspolizei .....	95
c) Landeskriminalämter .....	95
4. Polizeibehörden des Bundes .....	96
a) Bundespolizei .....	97
b) Bundeskriminalamt .....	100
c) „Bundesfinanzpolizei“ .....	100
d) Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder .....	103
e) Polizei beim Deutschen Bundestag .....	104
5. Infrastrukturbehörden des Bundes .....	104
a) Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik .....	104
b) Bundesnetzagentur .....	104
6. Geheimdienste .....	105
a) Begriffsklärung .....	105
b) Verfassungsschutzbehörden .....	107
c) Bundesnachrichtendienst .....	108
d) Amt für den Militärischen Abschirmdienst .....	109
7. Justiz .....	110
a) Vorbemerkung .....	110
b) Staatsanwaltschaften .....	112
c) Gerichte .....	113
8. Exkurse: Informelle Strukturen .....	115
a) Obere Bundesebene .....	116
b) Untere Bundesebene .....	123
c) Landesebene .....	125
d) Kommunale Ebene .....	128
II. Bundesstaatliche Grundlagen der Polizeiarbeit ( <i>Bäcker</i> ) .....	129
1. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Strafrecht und das Strafverfahrensrecht .....	129
a) Strafverfolgung als Maßnahmeziel in polizeirechtlichen Überwachungsermächtigungen .....	130
b) Strafrechtliches Maßregelrecht und präventivpolizeiliche individuelle Kriminalprävention .....	133
c) Fazit .....	135
2. Kompetenzrechtliche Grundlagen der Polizeibehörden des Bundes .....	136
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen des Bundeskriminalamts .....	136
b) Kompetenzrechtliche Grundlagen der Bundespolizei .....	143
c) Kompetenzrechtliche Grundlagen des Zollvollzugsdienstes .....	148
3. Gesetzgebungskompetenzen für polizeiliche Datenverarbeitungen .....	148
a) Ermächtigungen zur Erhebung und zur zweckgemäßen Weiterverarbeitung personenbezogener Daten .....	148
b) Ermächtigungen zur zweckändernden Überführung erhobener Daten in ein einzelnes Zielverfahren .....	150
c) Ermächtigungen zur Datenbevorratung in verfahrensexternen Datensammlungen .....	154
III. Organisationsverfassungsrechtliche Grundlagen der Polizeiarbeit ( <i>Bäcker</i> ) .....	157
1. Polizei und Ordnungsbehörden .....	158
2. Polizei und Streitkräfte .....	159

3. Polizei und Nachrichtendienste .....	163
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen der Nachrichtendienste .....	164
b) Ableitung und Auswirkungen des Trennungsgebots .....	169
c) Verstetigte informationelle Kooperationen von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten – insbesondere zu den Gemeinsamen Zentren ..	180
4. Polizei und private Sicherheitsgewähr .....	181
a) Private Sicherheitsgewähr im privaten Auftrag .....	182
b) Private Sicherheitsgewähr im staatlichen Auftrag .....	184
c) Überlagerungen hoheitlicher und privater Sicherheitsgewähr .....	186
<b>Kapitel 3. Polizeiaufgaben und Regelungsmuster des polizeilichen Eingriffsrechts (Bäcker) .....</b>	<b>189</b>
I. Die Polizei in der Aufgabenordnung .....	196
1. Funktionen der Aufgabenzuweisungen .....	196
2. Aufgaben auf dem präventiven Handlungsfeld .....	197
a) Materieller und formeller Polizeibegriff .....	197
b) Gefahrenabwehr im engeren Sinne .....	198
c) Verhütung von Straftaten .....	203
d) Polizei als Sonderordnungsbehörde .....	204
3. Aufgaben auf dem repressiven Handlungsfeld .....	204
a) Strafverfolgung .....	204
b) Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten .....	205
c) Vorsorge für die Strafverfolgung .....	206
4. Hilfsaufgaben .....	206
a) Amtshilfe .....	207
b) Vollzugshilfe .....	208
II. Regelungsmuster des präventiven Handlungsfeldes .....	208
1. Gefahrenabwehr im engeren Sinne .....	208
a) Polizeiliche Schutzgüter .....	208
b) Konkrete Gefahr .....	218
c) Einordnung des Gefahrverdachts .....	226
d) Qualifikationen der konkreten Gefahr .....	230
e) Verantwortlichkeit .....	233
f) Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen .....	260
g) Begriff, Funktion und Abgrenzung der abstrakten Gefahr .....	263
2. Verhütung von Straftaten – das präventivpolizeiliche Vorfeldrecht .....	267
a) Konzeptionelle Grundlagen: Handlungskonzepte der Polizei .....	267
b) Die verfassungsrechtliche Prägung des präventivpolizeilichen Vorfeld- rechts .....	270
c) Tatbestandstypen im Gefahr vorfeld .....	273
III. Regelungsmuster des repressiven Handlungsfeldes .....	287
1. Eingriffsmaßnahmen im strafprozessualen Ermittlungsverfahren .....	287
a) Verdachtstatbestand .....	287
b) Qualifikationen des Verdachtstatbestands .....	290
c) Betroffene von Eingriffsmaßnahmen .....	292
2. Vorverlagerungen auf dem repressiven Handlungsfeld .....	292
a) Eingriffsmaßnahmen im Verdacht vorfeld .....	293
b) Präventive Indienstnahme des Strafverfahrens und des strafrechtlichen Rechtsfolgenregimes durch kriminalpräventives Strafrecht .....	296
IV. Überlappungen und Wechselwirkungen von präventivem und repressivem Handlungsfeld .....	299
1. Punktuelle Gemengelagen .....	300
2. Strukturelle Gemengelagen .....	301

# Inhaltsverzeichnis

---

3. Kriminalpräventives Strafrecht und präventivpolizeiliche Eingriffsermächtigungen .....	304
<b>Kapitel 4. Das Polizeihandeln</b> ( <i>Barczak/Bäcker</i> ) .....	307
I. Formen des polizeilichen Handelns ( <i>Barczak</i> ) .....	323
1. Rechtsstaatliches Handeln der Polizei und die Logik der Form .....	323
2. Polizeiliches Ermessen und die Freiheit der Formenwahl .....	325
a) Rechtsformen .....	326
b) Handlungsformen .....	333
c) Folgeformen .....	336
II. Handlungsleitende Maßstäbe ( <i>Barczak</i> ) .....	337
1. Vorbemerkung: Polizei- und Sicherheitsrecht als Referenzgebiet der Maßstabslehre .....	337
2. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	342
a) Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes .....	342
b) Trennung von Aufgabe und Befugnis .....	342
3. Opportunitäts- und Legalitätsprinzip .....	343
a) Polizei- und Sicherheitsrecht als Recht des flexiblen Mitteleinsatzes ..	343
b) Einschreiftpflicht in Ausnahmefällen: Ermessensreduzierung auf Null ..	346
4. Beurteilungsspielräume im Polizei- und Sicherheitsrecht .....	347
a) Unbestimmte Rechtsbegriffe .....	347
b) Gerichtliche Letztentscheidungskompetenz .....	348
5. Verhältnismäßigkeit .....	349
a) Maßstabsbündel polizeilicher Handlungsrationalität .....	349
b) Handlungs- und Kontrollmaßstab .....	351
6. Bestimmtheit und Rechtssicherheit .....	352
a) Anforderungen an Polizeiverordnungen .....	352
b) Anforderungen an Polizeiverwaltungsakte .....	353
7. Willkürfreiheit und Belastungsgleichheit .....	354
a) Rationalität durch Objektivität .....	354
b) Ebenenübergreifende Bedeutung .....	355
8. Zeitrichtigkeit und Situationsangemessenheit .....	356
a) Administrative Selbstprogrammierung .....	356
b) Flexibilität im Umgang mit Ungewissheit und Rationalität „in der Zeit“ .....	357
9. Effektivität und Effizienz .....	359
a) Effektivität der Gefahrenabwehr .....	360
b) Korrektiv: Verbot der Erleichterung polizeilicher Arbeit .....	362
10. Akzeptabilität und Transparenz .....	363
a) Akzeptanzfähigkeit als Vollzugsbedingung .....	363
b) Transparenzforderungen: „Bürgernähe“ und interkulturelle Öffnung ..	364
III. Polizeirechtliche Generalklauseln ( <i>Barczak</i> ) .....	365
1. Begriff und Bedeutung .....	365
2. Tatbestand und Rechtsfolge .....	369
a) Gefahr .....	369
b) Schutzgüter .....	371
c) Maßnahmerichtung (Adressat) .....	374
d) Entschließungs- und Auswahlmessen .....	374
3. Funktion und Rechtswirkungen .....	375
a) Grundtatbestand und Koppelungsvorschrift .....	375
b) Legalitäts- und Kreativitätsreserve; praktisch wesentliche Anwendungsfälle .....	377
c) Schutzpflicht und Schutzanspruch .....	379

4. Generalklausel und Standardermächtigungen .....	380
a) Sperrwirkung der Standardermächtigungen .....	381
b) Auffangwirkung der Generalklausel .....	384
5. Systematisierung und Dogmatisierung polizeilicher Befugnisat- bestände .....	389
a) Anordnungs- und Handlungsbefugnisse .....	389
b) Aktionelle (operative) und informationelle Befugnisse .....	389
c) Gefahratbestände und Gefahrenvorfelddatbestände .....	392
d) Imperative und nicht imperative Befugnisse .....	393
IV. Standardbefugnisse .....	394
1. Allgemeines ( <i>Barczak</i> ) .....	394
2. Befragung und Auskunftspflicht ( <i>Barczak</i> ) .....	395
a) Begriff und Rechtsgrundlagen .....	395
b) Voraussetzungen .....	397
c) Verfahren .....	401
3. Vorladung ( <i>Barczak</i> ) .....	404
a) Begriff und Rechtsgrundlagen .....	404
b) Voraussetzungen .....	406
c) Verfahren .....	409
4. Prüfung von Berechtigungsscheinen ( <i>Barczak</i> ) .....	414
a) Begriff und Rechtsgrundlagen .....	414
b) Voraussetzungen und Verfahren .....	415
c) Sonderfall: Verkehrskontrolle .....	416
5. Identitätsfeststellung ( <i>Barczak</i> ) .....	417
a) Begriff und Rechtsgrundlagen .....	417
b) Voraussetzungen .....	419
c) Verfahren .....	437
6. Erkennungsdienstliche Maßnahmen ( <i>Barczak</i> ) .....	440
a) Begriff und Rechtsgrundlagen .....	440
b) Anwendungsbereich: Abgrenzung zu § 81b Abs. 1 Alt. 2 StPO .....	442
c) Voraussetzungen .....	444
d) Verfahren .....	448
e) Sonderfall: Molekulargenetische Untersuchung und Bestimmung des DNA-Identifizierungsmusters .....	452
7. Aufenthalts- und Kontaktbeschränkungen ( <i>Barczak</i> ) .....	456
a) Platzverweisung .....	456
b) Aufenthaltsanordnung und Kontaktverbot .....	461
c) Meldeanordnung .....	475
d) Elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	479
8. Wohnungsverweisung und Annäherungsverbot ( <i>Bäcker</i> ) .....	489
a) Überblick .....	489
b) Voraussetzungen .....	491
c) Gegenstände .....	495
d) Dauer .....	496
e) Annäherungsverbot und Kontaktverbot .....	497
9. Gewahrsam ( <i>Bäcker</i> ) .....	498
a) Grundlagen .....	498
b) Voraussetzungen .....	500
c) Richterliche Entscheidung .....	509
d) Behandlung festgehaltener Personen .....	511
e) Dauer .....	512
10. Durchsuchung von Personen ( <i>Bäcker</i> ) .....	516
a) Begriff und Rechtsnatur .....	516

# Inhaltsverzeichnis

---

b) Voraussetzungen und Ziele .....	517
c) Verfahren .....	523
11. Untersuchung von Personen ( <i>Bäcker</i> ) .....	524
a) Begriff und Rechtsnatur .....	524
b) Voraussetzungen .....	524
c) Verfahren .....	526
12. Durchsuchung von Sachen ( <i>Bäcker</i> ) .....	527
a) Begriff und Rechtsnatur .....	527
b) Voraussetzungen und Ziele .....	528
c) Verfahren .....	533
13. Betreten und Durchsuchung von Räumen ( <i>Bäcker</i> ) .....	534
a) Grundlagen .....	534
b) Ermächtigungen zum Betreten von Räumen .....	539
c) Ermächtigungen zur Durchsuchung von Räumen .....	542
d) Verfahren bei der Durchsuchung von Räumen .....	547
14. Sicherstellung ( <i>Bäcker</i> ) .....	549
a) Begriff .....	549
b) Maßnahmen und Rechtsnatur .....	550
c) Gegenstände .....	550
d) Voraussetzungen und Ziele .....	553
e) Umgang mit sichergestellten Sachen .....	557
f) Insbesondere: Sicherstellung von Vermögensgegenständen und „präventive Gewinnabschöpfung“ .....	562
V. Polizeilicher Zwang ( <i>Bäcker</i> ) .....	567
1. Grundlagen .....	567
2. Zwangsmittel .....	568
a) Ersatzvornahme .....	568
b) Zwangsgeld .....	569
c) Unmittelbarer Zwang .....	572
3. Vollstreckung von Verwaltungsakten .....	576
a) Voraussetzung: vollstreckbare Grundverfügung .....	576
b) Verfahren .....	578
4. Sofortvollzug und unmittelbare Ausführung .....	582
a) Begriffe und Abgrenzung .....	582
b) Voraussetzungen .....	583
5. Einsatz von Schusswaffen und Explosivmitteln .....	586
a) Allgemeine Voraussetzungen des Schusswaffengebrauchs .....	587
b) Voraussetzungen des Schusswaffengebrauchs gegen Personen .....	589
c) Sonderfälle des Schusswaffengebrauchs gegen Personen .....	592
d) Einsatz militärischer Waffen .....	594
<b>Kapitel 5. Polizeihandeln im Strafverfahren (<i>Frister</i>) .....</b>	<b>597</b>
I. Strafverfahren und die strafprozessualen Aufgaben der Polizei .....	602
1. Aufgabe und Grenzen eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens .....	602
a) Aufgabe des Strafrechts .....	602
b) Aufgabe des Strafverfahrens .....	605
c) Grenzen eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens .....	605
2. Ablauf des Strafverfahrens .....	606
a) Ermittlungsverfahren .....	606
b) Zwischenverfahren .....	606
c) Hauptverfahren .....	607
3. Aufgaben und Stellung der Polizei im Strafverfahren .....	607
a) Ermittlungsaufgaben der Polizei .....	607

b) Weisungsunterworfenheit gegenüber der Staatsanwaltschaft .....	608
c) Zwangsbefugnisse der Polizei .....	609
II. Vernehmung .....	609
1. Vernehmung des Beschuldigten .....	609
a) Nemo-tenetur-Grundsatz .....	609
b) Zweck der Vernehmung .....	610
c) Begriff der Vernehmung .....	611
d) Begriff des Beschuldigten .....	612
e) Zeitpunkt der ersten Vernehmung .....	613
f) Ablauf der Vernehmung (§ 136 StPO) .....	613
g) Belehrungspflichten .....	615
h) Anwesenheitsrecht des Verteidigers .....	618
i) Videoaufzeichnung und audiovisuelle Vernehmung .....	618
j) Geständnis und Amtsaufklärungspflicht .....	619
2. Vernehmung von Zeugen .....	619
a) Begriff und Pflichten des Zeugen .....	619
b) Zweck der Vernehmung und Zeugnisfähigkeit .....	620
c) Ablauf der Vernehmung .....	620
d) Aussageverweigerungsrechte und Belehrungspflichten .....	621
e) Gegenüberstellung .....	627
3. Verbotene Vernehmungsmethoden gemäß § 136a StPO .....	630
a) Grundlagen .....	630
b) Zufügen von Schmerzen .....	631
c) Drohungen und Versprechungen .....	631
d) Täuschung .....	632
e) Beeinträchtigungen der Vernehmungsfähigkeit .....	635
f) Lügendetektor .....	636
4. Verwertungsverbote bei der Vernehmung .....	637
a) Verstoß gegen § 136a StPO .....	637
b) Verletzung von § 136 Abs. 1 S. 2 StPO .....	638
c) Verletzung von Zeugenbelehrungspflichten (§§ 52 Abs. 3 S. 1, 55 Abs. 2 StPO) .....	639
d) Fernwirkung der Verwertungsverbote .....	640
III. Allgemeine Fragen des strafprozessualen Eingriffsrechts .....	641
1. Systematik der Eingriffsbefugnisse .....	641
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und die Bedeutung der Unschuldvermutung .....	642
3. Gesetzliche Konkretisierungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	643
a) Anforderungen an den Verdachtsgrad .....	643
b) Anforderungen an Art und Schwere der Tat .....	644
c) Subsidiaritätsklauseln .....	645
4. Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und rechtlich anerkannter Vertrauensverhältnisse .....	646
a) Kernbereich privater Lebensgestaltung .....	646
b) Rechtlich anerkannte Vertrauensverhältnisse .....	647
5. Anordnungsbefugnis .....	648
a) Regelmäßiger Richtervorbehalt .....	648
b) Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft und ihrer Ermittlungspersonen ..	649
6. Begleiteingriffe und Anwendung unmittelbaren Zwangs .....	651
7. Verwertungsverbote und Verwertungsbeschränkungen .....	652
a) Verbote der Verwertung rechtswidrig erhobener Informationen .....	652
b) Beschränkungen der Verwertung rechtmäßig erhobener Informationen .....	655

IV. Untersuchungshaft und vorläufige Festnahme .....	660
1. Verfassungsrechtliche und tatsächliche Grundlagen .....	660
2. Grundzüge der gesetzlichen Regelung .....	661
a) Materielle Haftvoraussetzungen .....	661
b) Zuständigkeit und Verfahren .....	662
3. Haftgründe .....	663
a) Flucht, Fluchtgefahr und Hauptverhandlungshaft .....	663
b) Verdunkelungsgefahr .....	664
c) Schwere der Tat .....	665
d) Wiederholungsgefahr .....	666
e) Exkurs: Einstweilige Unterbringung gemäß § 126a StPO .....	667
4. Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	668
a) Verhältnismäßigkeit der Anordnung von Untersuchungshaft .....	668
b) Aussetzung des Haftvollzugs .....	668
c) Zeitliche Grenzen der Untersuchungshaft .....	669
5. Verhaftung und vorläufige Festnahme .....	671
a) Verhaftung .....	671
b) Vorläufige Festnahme .....	673
c) Festnahmerecht Privater .....	674
d) Ausführung der Festnahme .....	674
6. Weiteres Verfahren .....	675
a) Haftprüfung .....	675
b) Untersuchungshaftvollzug .....	675
V. Fahndungsmaßnahmen und Identitätsfeststellung .....	676
1. Ausschreibung von Personen und Aufklärungsfahndung .....	676
a) Ausschreibung zur Festnahme .....	676
b) Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung und zur Durchführung straf- prozessualer Eingriffe .....	677
c) Aufklärungs- und Identitätsfahndung .....	678
2. Identitätsfeststellung .....	678
a) Feststellung der Identität von Verdächtigen .....	678
b) Feststellung der Identität von Nichtverdächtigen .....	679
c) Freiheitsentziehungen zur Identitätsfeststellung .....	679
3. Kontrollstellenfahndung .....	679
a) Einrichtung von Kontrollstellen .....	679
b) Durchführung der Kontrolle .....	680
VI. Sicherstellung .....	681
1. Sicherstellung von Beweismitteln .....	681
a) Allgemeine Voraussetzungen und Formen .....	681
b) Geheimhaltung der Beschlagnahme gegenüber dem Beschuldigten .....	683
c) Gesetzliche Beschlagnahmeverbote .....	685
d) Begrenzung durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	687
2. Postbeschlagnahme und Auskunftsverlangen .....	688
a) Materielle Voraussetzungen .....	688
b) Anordnung und Durchführung .....	689
c) Keine Anwendung auf digitale Kommunikation .....	690
3. Sicherstellung von Einziehungsgegenständen .....	690
a) Sicherstellung nach § 111b StPO .....	690
b) Sicherstellung von Führerscheinen .....	691
VII. Durchsuchung .....	692
1. Gesetzliche Voraussetzungen .....	692
a) Durchsuchung bei Verdächtigen .....	693
b) Durchsuchung bei Unverdächtigen .....	693

2. Beschränkungen durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	694
3. Durchsuchungsanordnung .....	695
4. Durchführung einer Durchsuchung .....	696
5. Durchsicht von Papieren und Speichermedien .....	696
VIII. Körperliche Untersuchungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen und DNA-Analyse .....	698
1. Körperliche Untersuchungen und Eingriffe beim Beschuldigten .....	698
a) Allgemeine Voraussetzungen .....	698
b) Einzelne Untersuchungen und Eingriffe .....	699
c) Anordnung und Durchführung der Untersuchungen .....	700
d) Verwertung und Vernichtung der entnommenen Körpersubstanzen ..	701
2. Körperliche Untersuchungen und Eingriffe bei Dritten .....	701
a) Materielle Voraussetzungen .....	701
b) Untersuchungsverweigerungsrecht von Angehörigen .....	702
c) Anordnung und Durchführung der Maßnahmen .....	703
3. Erkennungsdienstliche Maßnahmen .....	703
a) Für das laufende Strafverfahren .....	704
b) Für den Erkennungsdienst .....	705
c) Nacherhebung von Fingerabdrücken bei Drittstaatsangehörigen .....	707
4. DNA-Analyse .....	708
a) Allgemeine Grundlagen .....	708
b) Für das laufende Strafverfahren .....	709
c) Zur Identifizierung in künftigen Strafverfahren .....	712
d) Rechtspolitische Diskussion .....	715
<b>Kapitel 6. Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht</b> <i>(Müller/Schwabenbauer/Arzt)</i> .....	719
<b>Teil I. Verfassungs-, unions- und konventionsrechtliche Vorgaben</b> <i>(Müller/ Schwabenbauer)</i> .....	742
I. Einleitung: Die Polizei der digitalen Gesellschaft im Mehrebenensystem des Rechts .....	742
II. Verfassungsrecht .....	750
1. Die Entwicklung vom „grundrechtsfreien“ zum grundrechtsrelevanten Datenumgang – Datenverarbeitung als Grundrechtseingriff .....	750
a) Entwicklung des Eingriffsverständnisses .....	750
b) Datenumgang als Eingriff .....	752
c) „Fahndungseingriffe“ – Datenabgleich als Eingriff (Treffer und Nicht- treffer) .....	759
d) Datenbankzugriff und Datenbankauswertung als Eingriff .....	762
e) Protokollierung als Eingriff .....	763
f) Datenverarbeitung aus öffentlichen Quellen .....	763
g) Eingriffsausschließende Einwilligung .....	764
2. Grundrechtliche Gewährleistungen – Schutz der Privatheit .....	768
a) Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) .....	768
b) Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informati- onstechnischer Systeme (IT-Grundrecht) (Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG) .....	771
c) Brief-, Post und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG) .....	774
d) Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) und Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG) .....	777
e) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG): insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, am eigenen Wort und am eigenen Bild .....	777

f) Verfassungsrechtlicher Schutz des „Dateneigentums“? .....	780
g) Konkurrenzverhältnisse .....	780
h) Privatheit als verfassungsrechtliches Schutzgut .....	781
3. Kriterien zur Bestimmung der Eingriffsintensität .....	785
a) Zweckverfolgung .....	786
b) Informationsgehalt erhobener Daten (Art der Daten) .....	786
c) Modalitäten der Datenerhebung (Heimliche Datenerhebung und Datenerhebung bei Dritten) .....	787
d) Streubreite (Umfang des Betroffenenkreises) .....	789
e) Einschüchterungseffekte .....	790
f) Weitere Datenverwendung: Folgeeingriffe und sonstige Nachteile ....	791
g) Besonderheiten der automatisierten Datenauswertung .....	792
4. Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen .....	794
a) Allgemeines, insbesondere mit Blick auf heimliche Grundrechtseingriffe .....	794
b) Absolute Grenzen der Rechtfertigung .....	795
c) Modale und relative Eingriffsschwellen, insbesondere bei Datenerhebungseingriffen .....	809
d) Zweckkonforme Weiternutzung und Zweckänderung .....	824
e) Datenaustausch .....	828
f) Datenbanken und automatisierte Datenverarbeitung .....	838
g) Rechtswidrigkeit der Datenerhebung als (Weiter-) Nutzungs- und Übermittlungsschranke? .....	841
h) Das Zitiergebot als formale Eingriffsschwelle .....	842
5. Absicherung materieller Eingriffsschwellen durch Verfahrens- und Betroffenenrechte .....	843
a) Richter- und sonstige Bewilligungsvorbehalte .....	843
b) Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte von Bund und Ländern und Aufsichtsbehörden .....	846
c) Einsatzhöchstfristen .....	847
d) Datensicherheit .....	848
e) Lösch- und Löschprüffristen .....	848
f) Dokumentations- und Protokollierungspflichten; Kennzeichnungspflicht .....	848
g) Auskunftsrechte und Benachrichtigungspflichten .....	850
h) Sanktionen .....	856
i) Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz .....	857
6. Globalperspektiven .....	858
a) Additive Grundrechtseingriffe .....	858
b) „Überwachungsgesamtrechnung“ .....	859
7. Generierung von Maßnahmewissen .....	860
a) Berichtspflichten .....	861
b) Evaluationen .....	862
8. Anforderungen für die Anwendungsebene .....	864
a) Kernbereich der privaten Lebensgestaltung .....	865
b) Verhältnismäßigkeit .....	865
c) Diskriminierungsverbote .....	866
III. Unions- und Konventionsrecht .....	869
1. Europäisches Recht der Datenverarbeitung .....	869
a) EU-Datenschutzreform 2016/2018: DS-GVO und DSRL-JI .....	869
b) Exkurs: Art. 16 Abs. 2 AEUV als Kompetenzgrundlage für DS-GVO und DSRL-JI .....	871
c) Richtlinie 2002/58/EG (E-Privacy-RL) .....	877
d) Sonstiges Sekundärrecht (PNR-RL, SIS-VO, KI-VO) .....	878

2. Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) .....	880
a) Allgemeines .....	880
b) Recht auf Achtung des Privatlebens und des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 7, 8 GRCh und Art. 16 Abs. 1 AEUV) .....	885
c) Gerichtlicher Rechtsschutz und Richtervorbehalt (Art. 47 GRCh) ..	888
3. Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) .....	891
a) Rang und Wirkungsweise der Konvention .....	891
b) Recht auf Achtung des Privatlebens (Art. 8 EMRK) .....	891
4. Richtlinie (EU) 2016/680 (DSRL-JI) .....	894
a) Vorbemerkungen .....	894
b) Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen .....	907
c) Besondere Anwendungsvoraussetzungen .....	918
d) Regelungsinhalte .....	926
5. E-Privacy-RL und Vorratsdatenspeicherung .....	969
a) Doppelter Einfluss des Art. 15 E-Privacy-RL .....	969
b) Eingriffsschwere .....	970
c) Verhältnismäßigkeit .....	970
<b>Teil II. Einfachrechtliche Ausgestaltung der Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht (Müller/Schwabenbauer) .....</b>	
I. Grundlagen des Rechts der polizeilichen Informationsverarbeitung .....	972
1. Systematik .....	972
a) Die grundsätzliche Trennung von Polizei- und Strafverfahrensrecht ..	972
b) Doppelfunktionale Maßnahmen .....	975
c) Verhältnis der Spezialbefugnisse zu Datenverarbeitungsgeneralklauseln und zum allgemeinen Datenschutzrecht .....	977
2. Grundbegriffe .....	978
3. Allgemeine Grundsätze der Informationsverarbeitung .....	982
II. Datenerhebung .....	985
1. Generalklauseln .....	986
a) Erhebungsgeneralklauseln im Polizeirecht .....	987
b) Allgemeine Ermittlungsbefugnisse im Strafverfahren .....	991
c) Einwilligung als Rechtsgrundlage sicherheitsbehördlicher Datenverarbeitung .....	993
2. Datenerhebung im vorwiegend öffentlichen Raum .....	994
a) Identitätsfeststellung .....	994
b) Befragung .....	996
c) Videoüberwachung, Bild- und Tonaufnahmen im öffentlichen Raum .....	997
3. Datenerhebung im Zusammenhang mit elektronisch gespeicherten Informationen .....	1009
a) „Sicherstellung von Daten“ .....	1009
b) Datenerhebung in virtuellen öffentlichen Räumen .....	1010
4. Datenerhebung im Zusammenhang der Fernkommunikation .....	1011
a) Eingriffe in den Brief- und Postverkehr .....	1012
b) Eingriffsmaßnahmen im Zusammenhang der Telekommunikation ...	1012
c) Eingriffsmaßnahmen im Zusammenhang internetbasierter Kommunikation .....	1029
5. Datenerhebung mit besonderen Eingriffen in die persönliche Lebenssphäre der Betroffenen .....	1029
a) Überwachung von Wohnraum .....	1030
b) Online-Durchsuchung .....	1035

# Inhaltsverzeichnis

---

c) Längerfristige Observation .....	1039
d) Verdeckt Ermittelnde und Vertrauenspersonen .....	1042
III. Weiterverarbeitung von Daten .....	1047
1. Speicherung, Veränderung und Verwendung von Daten .....	1048
a) Konzept .....	1048
b) Regelungen im Gefahrenabwehrrecht .....	1049
c) Regelungen im Strafverfahrensrecht .....	1051
d) Speicherung zur Vorgangsverwaltung und befristeten Dokumentation .....	1053
e) Verarbeitung strafprozessual erlangter Daten zu präventiv-polizeilichen Zwecken; insbesondere: Datenerfassung in Kriminalaktennachweisen (KAN) .....	1054
2. Berichtigung von Daten .....	1057
3. Löschung .....	1058
4. Einschränkung der Verarbeitung .....	1060
IV. Befugnisse zur Datenübermittlung .....	1060
1. Grundsätze .....	1061
a) Zweckbindung .....	1061
b) Schutz besonders sensibler Daten .....	1062
c) Ermessensausübung und Verhältnismäßigkeit .....	1064
d) Verantwortlichkeit .....	1064
2. Übermittlung und Austausch von Daten zwischen innerstaatlichen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden .....	1065
a) Sicherheitsrechtliche Regelungen .....	1065
b) Strafprozessuale Regelungen .....	1065
c) Regelungen für Verbundsysteme .....	1068
3. Datenübermittlung an Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste .....	1070
4. Datenübermittlung an sonstige öffentliche Stellen im Inland .....	1071
a) Datenübermittlung an Gerichte .....	1071
b) Datenübermittlung zur Ermöglichung von Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen, Sicherheitsanfragen nach §§ 73, 73a AufenthG .....	1071
c) Sonstige Datenübermittlung .....	1072
d) Teilnahme öffentlicher Stellen an polizeilichen Informationssystemen .....	1073
5. Datenübermittlung an nicht-öffentliche Stellen .....	1073
6. Datenübermittlung an ausländische Behörden und internationale Organisationen .....	1075
a) Datenübermittlung an Behörden in anderen EU-Mitgliedstaaten .....	1075
b) Datenübermittlung an Behörden in Drittstaaten und internationale Organisationen .....	1076
c) Beteiligung ausländischer Behörden und internationaler Organisationen an automatisierten Abrufverfahren .....	1080
7. Datenübermittlung an die Polizei .....	1080
V. Befugnisse zum Datenabgleich .....	1080
1. Vorbemerkung: Datenverarbeitung im Anwendungsbereich des Unionsrechts .....	1080
2. Interner Datenabgleich .....	1080
3. Rasterfahndung .....	1084
a) Begriff der Rasterfahndung .....	1084
b) Eingriffsqualität der Rasterfahndung .....	1085
c) Repressive Rasterfahndung .....	1087
d) Präventive Rasterfahndung .....	1089
e) Umfang des Herausgabeverlangens und der Übermittlung .....	1091
f) Adressaten; Übermittlungspflicht .....	1091

g) Unterrichtspflicht .....	1092
h) Löschpflichten .....	1092
4. Abgleich von Kfz-Kennzeichen mit Fahndungsbeständen .....	1093
a) Funktionsweise der Kennzeichenerfassung und des Abgleichs mit dem Fahndungsbestand (Kennzeichenkontrolle) .....	1093
b) Gesetzgebungskompetenz .....	1094
c) Materielle verfassungsrechtliche Vorgaben .....	1095
d) Überblick über einfachgesetzliche Vorschriften .....	1098
5. Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung .....	1100
a) Durchführung der Beobachtung .....	1100
b) Praktische Bedeutung .....	1101
c) Verfassungsrechtliche Bewertung .....	1101
d) Ausschreibung .....	1103
e) Übermittelte Daten .....	1105
f) Formelle Vorgaben .....	1107
g) Unterrichtung .....	1108
<b>Teil III. Flankierende Vorgaben zur Datenverarbeitung im Recht von Bund und Ländern (Müller/Schwabenbauer) .....</b>	<b>1108</b>
I. Datenhaltung .....	1108
1. Verschiedene Kategorien betroffener Personen (Art. 6 DSRL-JI) .....	1108
2. Speicherdauer .....	1109
II. Technische Vorbereitung und Gestaltung von Datenverarbeitung .....	1109
1. Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen .....	1109
2. Datenschutz-Folgenabschätzung .....	1110
3. Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung .....	1111
4. Garantien im Fall der Verarbeitung besonderer Kategorie personenbezogener Daten (Art. 10 DSRL-JI) .....	1112
III. Dokumentation .....	1113
1. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten .....	1113
2. Protokollierungspflicht .....	1114
3. Errichtungsanordnungen .....	1116
IV. Organisation .....	1117
1. Behördlicher Datenschutzbeauftragter .....	1117
2. Schutz von Whistleblowern (Art. 48 DSRL-JI) .....	1117
V. Information .....	1118
1. Informationspflichten in besonderen Fällen .....	1118
a) Pflichten bei offener Datenerhebung durch die Polizei .....	1118
b) Pflichten bei heimlicher Datenverarbeitung .....	1118
c) Informationspflichten anlässlich der Einstellung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens (§ 170 Abs. 2 S. 2 StPO) .....	1119
2. Pflichten bei „Datenpannen“ .....	1120
<b>Teil IV. Aufsichtsbehörden nach dem Recht von Bund und Ländern (Müller/Schwabenbauer) .....</b>	<b>1120</b>
I. Bundes- und Landesbeauftragte für den Datenschutz als Aufsichtsbehörden ..	1120
II. Auslöser für ein Tätigwerden der Aufsichtsbehörde .....	1121
III. Ausgestaltung der Aufsicht .....	1122
1. Aufgaben und Befugnisse .....	1122
2. Teilweise unionsrechtswidrige Umsetzung von Art. 47 Abs. 2 DSRL-JI ..	1124
a) Fehlende Einwirkungsbefugnisse .....	1124
b) Zugang zu Informationen .....	1128
c) Keine unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 47 Abs. 2 DSRL-JI ....	1128

# Inhaltsverzeichnis

---

IV. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde . . . . .	1129
1. Ausübung der Rechte über die Aufsichtsbehörde (Art. 17 DSRL-JI) . . . . .	1129
2. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Art. 52 DSRL-JI) . . . . .	1130
3. Rechtsschutz gegen die Aufsichtsbehörde . . . . .	1130
V. Rechtsschutz des Verantwortlichen gegen die Aufsichtsbehörde . . . . .	1132
<b>Teil V. Rechte der betroffenen Person (Müller/Schwabenbauer) . . . . .</b>	<b>1132</b>
I. Auskunftsanspruch der betroffenen Person . . . . .	1132
1. Gegenstand und Umfang des Auskunftsanspruchs . . . . .	1132
2. Form und Verfahren . . . . .	1133
3. Ausnahmen von der Auskunftserteilung . . . . .	1134
II. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde . . . . .	1134
III. Rechtsschutz gegen den Verantwortlichen (Art. 54 DSRL-JI) . . . . .	1134
IV. Möglichkeit widersprechender Gerichtsentscheidungen: Verfahren gegen die Aufsichtsbehörde und gegen den Verantwortlichen . . . . .	1135
<b>Teil VI. Praxis der polizeilichen Datenverarbeitung (Arzt) . . . . .</b>	<b>1136</b>
I. Praxis und Herausforderungen der polizeilichen Datenverarbeitung . . . . .	1136
II. Neugestaltung der polizeilichen Datenverarbeitung – von Polizei 2020 bis P20 . . . . .	1144
III. Einsatzleitstellen, Vorgangs- und Fallbearbeitung . . . . .	1152
1. Einsatzleitstellensysteme . . . . .	1152
2. Vorgangsbearbeitung und Vorgangsverwaltung . . . . .	1154
a) Vorgangsbearbeitung . . . . .	1156
b) Vorgangsverwaltung und Dokumentation . . . . .	1158
c) Anbindung an andere Systeme . . . . .	1160
3. Fallbearbeitungssysteme . . . . .	1160
IV. Polizeilicher Informationsverbund . . . . .	1161
1. Polizeilicher Informations- und Analyseverbund (PIAV) . . . . .	1161
2. INPOL-Verbund . . . . .	1164
a) Verfassungsrechtliche Problematik aus § 91 BKAG . . . . .	1164
b) Entwicklung des INPOL-Systems . . . . .	1165
c) Struktur und Speichervoraussetzungen . . . . .	1166
d) INPOL Verbunddateien – ein Überblick . . . . .	1167
e) Erfassung von Personendaten . . . . .	1168
f) Kriminalakten und Kriminalaktennachweis . . . . .	1169
g) Personen- und Sachfahndung . . . . .	1171
h) Haftdatei . . . . .	1172
i) Verbunddatei Erkennungsdienst . . . . .	1173
j) DNA-Analysedatei . . . . .	1173
k) Personengebundene Hinweise (PHW) . . . . .	1174
l) Ermittlungsunterstützende Hinweise (EHW) . . . . .	1177
3. INPOL-Falldateien . . . . .	1178
a) Verbunddatei Innere Sicherheit . . . . .	1179
b) Verbunddateien Gewalttäter . . . . .	1179
c) Verbunddatei „Gewalttäter Sport“ . . . . .	1180
d) Falldatei Rauschgift . . . . .	1183
e) Weitere Falldateien . . . . .	1184
V. Videoüberwachung, Personen-, Gesichts- und Verhaltenserkennung . . . . .	1184
1. Videoüberwachung . . . . .	1184
a) Stationäre Videoüberwachung . . . . .	1184
b) Mobile Videoüberwachung und Bodycams . . . . .	1185

2. Gesichts- und Verhaltenserkennung .....	1187
a) Gesichtserkennung .....	1187
b) Verhaltenserkennung .....	1189
c) Automatisierte Erfassung der Nutzung von mobilen Endgeräten .....	1190
3. Digitalisierte Erkennung von Gesichtern und Fingerabdrücken .....	1191
4. Automatisierte Kennzeichenkontrolle .....	1193
VI. Polizeiliche Analysensysteme und Data Mining .....	1195
1. Raumbezogenes Predictive Policing .....	1196
2. Personenzentriertes Predictive Policing .....	1197
3. Automatisierte Datenanalyse und Data Mining .....	1198
VII. Weitere relevante Dateien und Systeme .....	1200
1. Amts- und Zentraldateien beim BKA .....	1200
2. Strafverfahrensdateien und Mischdateien .....	1201
3. Fluggastdatenverarbeitung .....	1201
4. Antiterrordatei und Rechtsextremismus-Datei .....	1204
5. Digitale Dienste und strafbare Inhalte im Internet .....	1207
6. Zollfahndungsdateien und FIU .....	1207
VIII. Europäischer Datenaustausch .....	1210
1. Europol .....	1210
2. Schengener Informationssystem .....	1212
3. Prüm-Verbund und weitere Formen des Datenaustauschs .....	1212
IX. Interpol .....	1213
<b>Kapitel 7. Nachrichtendienste und Polizei</b> ( <i>Bergemann</i> ) .....	1217
I. Entwicklung und verfassungsrechtlicher Rahmen .....	1221
1. Entwicklung .....	1221
2. Trennungsgebot .....	1223
3. Grundrechte .....	1226
a) Betroffene Grundrechte und Eingriffsschwellen .....	1226
b) Erhebung und Verwendung als Regelungsgesamtsystem .....	1226
4. Parteien und Abgeordnete .....	1227
II. Aufgaben und Befugnisse .....	1229
1. Begrenzungsfunktion von Aufgaben und Beobachtungsvoraussetzungen .....	1229
a) Sammlung und Auswertung von Informationen .....	1229
b) Sachliche Beobachtungsgegenstände .....	1230
c) Allgemeine Beobachtungsschwellen .....	1243
d) Betroffener Personenkreis .....	1246
e) Mitwirkungsaufgaben .....	1253
2. Befugnisse zur Informationsbeschaffung .....	1254
a) Datenerhebung aus allgemein zugänglichen Quellen .....	1254
b) Besondere Mittel .....	1257
c) Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel .....	1264
3. Speicherung in Akten und Dateien .....	1273
a) Personen- und Sachakten .....	1274
b) Amtsdateien .....	1275
c) Gemeinsame Dateien der Verfassungsschutzbehörden – zentraler Datenpool .....	1277
d) Besondere Verfahrenssicherungen .....	1278
4. Zusammenarbeit, insbesondere mit Polizeibehörden .....	1279
a) Polizeiliche Interessen an der Zusammenarbeit und Datenübermittlung .....	1279
b) Datenübermittlungen im Inland .....	1280
c) Besondere Fälle und Probleme der Datenübermittlung .....	1306

## Inhaltsverzeichnis

---

d) Datenübermittlungen mit Auslandsbezug .....	1310
e) Gemeinsame Dateien .....	1314
f) Gemeinsame Dateien mit ausländischen Geheimdiensten .....	1317
g) Gemeinsame Zentren .....	1317
III. Allgemeine Verfahrenssicherungen .....	1320
1. Kontrolle .....	1320
a) Rechtsschutz .....	1320
b) Parlamentarisches Kontrollgremium .....	1321
c) Datenschutzbeauftragte .....	1322
d) UK-Rat und weitere Gremien .....	1323
2. Vermeidung additiver Grundrechtseingriffe .....	1325
3. Benachrichtigung und Auskunft .....	1326
<b>Kapitel 8. Gefahrenabwehr durch Ordnungsverwaltung</b> ( <i>Wapler/Kießling/ Kniesel/Buchberger/Arzt/Gamp/Gerster/Marx/Golla/Weingärtner</i> ) .....	1329
I. Aufenthaltsrecht ( <i>Wapler</i> ) .....	1335
1. Einleitung .....	1335
a) Aufenthaltsrecht als Teil des Gefahrenabwehrrechts .....	1335
b) Historische Entwicklung und aktuelle Rechtsgrundlagen .....	1336
c) Behördliche Handlungsspielräume im Aufenthaltsrecht .....	1340
2. Betroffener Personenkreis .....	1341
a) Ausländer .....	1341
b) Unionsbürger .....	1342
c) Flüchtlinge, Asylberechtigte bzw. international Schutzberechtigte .....	1342
d) Sonderregelungen .....	1342
3. Zuständigkeiten .....	1343
a) Zuständige Behörden im Aufenthaltsrecht .....	1343
b) Aufgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge .....	1345
4. Voraussetzungen der Einreise .....	1346
a) Passpflicht .....	1346
b) Aufenthaltstitel .....	1346
c) Unerlaubte Einreise .....	1346
5. Erteilung eines Aufenthaltstitels .....	1349
a) Überblick .....	1349
b) Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen .....	1350
c) Visum .....	1350
d) Aufenthaltserlaubnis .....	1351
e) Niederlassungserlaubnis .....	1357
f) Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU .....	1358
g) Sonstiger Status, insbesondere Aufenthaltsgestattung, Duldung .....	1358
h) Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, Versagungsgründe .....	1360
i) Nebenbestimmungen .....	1361
j) Widerruf und Rücknahme .....	1361
6. Integrationskurs, Bildung und Teilhabe am Erwerbsleben, soziale Sicherheit .....	1362
a) Integrationskurs .....	1362
b) Bildung, Ausbildung und Teilhabe .....	1363
c) Soziale Sicherung .....	1364
7. Aufenthaltsbeendigung .....	1366
a) Erlöschen des Aufenthaltstitels .....	1366
b) Ausweisung .....	1366
c) Nachträgliche Befristung .....	1369

d) Durchsetzung der Ausreisepflicht .....	1369
e) Auslieferung .....	1372
8. Rechtsschutz .....	1373
II. Gesundheitsrecht ( <i>Kießling</i> ) .....	1374
1. Begriff und historische Entwicklung .....	1374
a) Der Begriff „Gesundheitsrecht“ .....	1374
b) Entwicklung .....	1374
c) Gesetzgebungskompetenz .....	1375
2. Infektionsschutz- und Tierseuchenrecht .....	1375
a) Infektionsschutzrecht .....	1376
b) Tierseuchenrecht .....	1386
3. Lebensmittelrecht .....	1388
a) Lebensmittelrecht im engeren Sinne .....	1389
b) Tabakerzeugnisrecht .....	1391
4. Arzneimittelrecht .....	1392
a) Herstellungs- und Vertriebsverbote .....	1393
b) Kennzeichnungspflichten .....	1393
c) Herstellung, Zulassung, Abgabe .....	1393
d) Befugnisse der konkreten Gefahrenabwehr .....	1393
III. Hilfeleistungsrecht ( <i>Kniesel</i> ) .....	1393
1. Regelungsbereiche, Rechtsnatur und gesetzliche Grundlagen .....	1394
a) Hilfeleistungsrecht als Oberbegriff .....	1394
b) Verhältnis zum allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht .....	1394
c) Gesetzliche Grundlagen .....	1395
2. Feuerwehrrecht .....	1396
a) Geschichte der Feuerwehr .....	1396
b) Begriff, Rechtsnatur und Stellung der Feuerwehr .....	1397
c) Rechtsnatur und Dogmatik des Feuerwehrrechts .....	1398
d) Arten der Feuerwehr .....	1398
e) Aufgaben .....	1400
f) Befugnisse .....	1401
g) Pflichtige Personen .....	1403
h) Verhältnismäßigkeit und Ermessen .....	1404
i) Vollstreckung .....	1404
j) Kosten .....	1404
3. Rettungsdienstrecht .....	1405
a) Geschichte und Bedeutung .....	1405
b) Rechtsnatur des Rettungsdienstrechts und des Rettungsdienstes .....	1405
c) Organisation .....	1406
d) Aufgaben .....	1406
4. Katastrophenschutzrecht .....	1407
a) Geschichte und Bedeutung .....	1407
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	1407
c) Grundlagen .....	1408
d) Durchführung .....	1409
e) Eingriffsmaßnahmen und Befugnisse .....	1409
f) Zukunft des Katastrophenschutzrechts .....	1410
IV. Luftsicherheitsrecht ( <i>Buchberger/Arzt</i> ) .....	1410
1. Einführung .....	1410
2. Europarechtliche und gesetzliche Rahmenbedingungen .....	1411
3. Aufgaben und Befugnisse der Luftsicherheitsbehörden .....	1413
a) Allgemeine Befugnisse (§ 3 LuftSiG) .....	1414

b) „Besondere“ Befugnisse (§ 5 LuftSiG) .....	1415
c) Flugverbote (§ 3a LuftSiG) .....	1417
4. Zuverlässigkeitsüberprüfungen (§§ 7 und 7a LuftSiG) .....	1418
a) Erfasster Personenkreis .....	1419
b) Zuverlässigkeitskriterien .....	1419
c) Verfahren .....	1421
d) Luftsicherheitsregister (§ 7a LuftSiG) .....	1423
5. Eigensicherungsmaßnahmen von Flugplatzbetreibern und Luftfahrtunter- nehmen (§§ 8–9a LuftSiG) .....	1424
a) Sicherheitsmaßnahmen der Flugplatzbetreiber (§ 8 LuftSiG) .....	1424
b) Sicherheitsmaßnahmen der Luftfahrtunternehmen (§ 9 LuftSiG) .....	1425
c) Sicherheitsmaßnahmen der Beteiligten an der sicheren Lieferkette (§ 9a LuftSiG) .....	1426
6. Aufgaben und Befugnisse verantwortlicher Luftfahrzeugführer in deut- schen Luftfahrzeugen (§ 12 LuftSiG) .....	1426
7. Zuständigkeiten und Aufgabenübertragung .....	1428
a) Luftsicherheitsbehörden (§ 16 LuftSiG) .....	1428
b) Beliehene (§ 16a LuftSiG) .....	1429
8. Luftsicherheit und Drohnen .....	1430
V. Melde-, Pass- und Ausweisrecht ( <i>Gamp</i> ) .....	1431
1. Melderecht .....	1432
a) Einordnung .....	1432
b) Regelungsbereich und Regelungsziel .....	1432
c) Rechtsgrundlagen .....	1433
d) Einzelfragen .....	1434
e) Rechtsschutz .....	1446
2. Pass- und Personalausweisrecht .....	1449
a) Einordnung .....	1449
b) Regelungsbereiche und Regelungsziele .....	1449
c) Rechtsgrundlagen .....	1450
d) Einzelfragen .....	1453
e) Rechtsschutz .....	1467
VI. Straßenverkehrsrecht ( <i>Gerster</i> ) .....	1469
1. Grundlagen .....	1470
a) Historische Entwicklung .....	1470
b) Aktuelle normative Regelungen .....	1471
c) Abgrenzungen .....	1474
2. Zuständigkeiten .....	1477
a) Bundesbehörden .....	1477
b) Straßenverkehrsbehörden .....	1478
c) Polizei .....	1479
3. Aufgaben und Befugnisse .....	1479
a) Aufgaben .....	1479
b) Befugnisse .....	1479
VII. Öffentliches Vereinsrecht ( <i>Marx</i> ) .....	1481
1. Historischer Aufriss .....	1481
2. Rechtliche Grundlagen .....	1483
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	1483
b) Völkerrechtliche Grundlagen .....	1484
c) Unionsrechtliche Grundlagen .....	1486
d) Gesetzliche Grundlagen .....	1487
e) Verhältnis des öffentlichen Vereinsrechts zu anderen Gesetzen .....	1487

3. Vereinsbegriff .....	1488
a) Verein im Sinne des öffentlichen Rechts (§ 2 Abs. 1 VereinsG) .....	1488
b) Religions- und Weltanschauungsvereine .....	1489
c) Politische Parteien und Fraktionen .....	1490
d) Ausländerverein und ausländischer Verein .....	1490
4. Vereinsverbot .....	1491
a) Allgemeines .....	1491
b) Verbotstatbestände .....	1493
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	1499
d) Vereinbarkeit des Vereinsverbotes mit Art. 11 EMRK .....	1502
e) Teilorganisation, Nebenorganisation und Ersatzorganisation .....	1502
f) Verbotswirkung und Umfang .....	1504
5. Behördliche Zuständigkeiten .....	1505
a) Verbotsbehörde .....	1505
b) Recht auf Anhörung .....	1505
c) Vollzugsbehörde .....	1506
6. Rechtsschutz .....	1506
a) Rechtsschutz gegen Verbotsverfügungen .....	1506
b) Rechtsschutz gegen Vollzugsakte .....	1510
VIII. Waffenrecht ( <i>Gerster</i> ) .....	1510
1. Abgrenzungen und historische Entwicklungen .....	1510
a) Abgrenzungen .....	1510
b) Historische Entwicklungen .....	1511
2. Zuständigkeiten .....	1518
a) Sachliche Zuständigkeit .....	1518
b) Örtliche Zuständigkeit .....	1519
3. Begriffe und Regelungen des Waffengesetzes .....	1520
a) Gesetzesübersicht .....	1520
b) Wichtige Einzelfragen .....	1526
4. Begriffe und Regelungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes .....	1530
5. Begriffe und Regelungen des Sprengstoffgesetzes .....	1531
IX. IT-Sicherheitsrecht ( <i>Golla</i> ) .....	1532
1. Regelungsbereich, gesetzliche Grundlagen und Entwicklung .....	1533
2. Einrichtungen zum Schutz der IT-Sicherheit .....	1535
a) Einrichtungen des Bundes .....	1535
b) Weitere Gremien .....	1537
3. Polizei, Ordnungsbehörden und Nachrichtendienste: Zuständigkeiten und Befugnisse .....	1538
a) Sonderordnungsbehörden .....	1538
b) Polizeien und Nachrichtendienste .....	1543
X. Einsatz der Bundeswehr im Innern ( <i>Weingärtner</i> ) .....	1546
1. Der Auftrag der Bundeswehr .....	1546
2. Begriffsbestimmungen .....	1548
3. Historische Entwicklung .....	1550
4. Einsatztatbestände der Streitkräfte im Innern .....	1551
a) Einsatz zur Verteidigung .....	1551
b) Eigenschutz der Bundeswehr .....	1553
c) Befugnisse im äußeren Notstand .....	1554
d) Einsatz im inneren Notstand .....	1556
e) Einsatz im Katastrophennotstand .....	1557
f) Amtshilfe durch die Bundeswehr .....	1560
5. Szenarien .....	1561
a) Terroranschlag .....	1561

# Inhaltsverzeichnis

---

b) Insbesondere: RENEGADE-Fall .....	1562
c) Großveranstaltungen .....	1563
d) Cyberangriff .....	1565
6. Resümee .....	1566
<b>Kapitel 9. Versammlungsrecht</b> ( <i>Kniesel/Poscher</i> ) .....	1569
I. Historischer Aufriss .....	1576
II. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben .....	1578
1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte .....	1578
2. Europäische Menschenrechtskonvention .....	1579
3. Unionsrecht .....	1580
III. Kompetenzen für das Versammlungswesen .....	1581
1. Gesetzgebungskompetenzen nach der Föderalismusreform .....	1581
a) Zuständigkeit der Länder .....	1581
b) Das Bundesversammlungsgesetz – Auslaufmodell oder bleibendes Provisorium? .....	1583
2. Die Polizeifestigkeit des Versammlungsrechts .....	1583
a) Keine abschließende Regelung nichtöffentlicher Versammlungen ....	1584
b) Grundsätzlich abschließende Regelung für öffentliche Versammlungen	1585
3. Verwaltung .....	1589
IV. Grundrechtlicher Schutz .....	1589
1. Versammlungsfreiheit .....	1590
a) Der Schutzbereich der Versammlungsfreiheit .....	1591
b) Eingriffe in den Grundrechtsschutz .....	1607
c) Schranken der Versammlungsfreiheit .....	1611
d) Grenzen staatlicher Eingriffsbefugnisse .....	1623
e) Abwehr-, Leistungs- und Verfahrensrechte, objektivrechtliche Funktion und institutionelle Garantie .....	1626
2. Meinungsfreiheit .....	1628
3. Kunstfreiheit .....	1635
4. Glaubensfreiheit .....	1635
5. Arbeitskampffreiheit .....	1635
6. Vereinigungsfreiheit .....	1636
7. Parteienfreiheit .....	1637
8. Körperliche Bewegungsfreiheit .....	1637
9. Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	1638
10. Allgemeine Handlungsfreiheit und allgemeines Persönlichkeitsrecht ....	1638
11. Art. 19 Abs. 4 GG .....	1638
12. Konkurrenzen .....	1640
V. Vorgaben der Versammlungsgesetze .....	1641
1. Einfachgesetzliche Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit .....	1641
2. Versammlungsbegriff und -formen .....	1642
a) Versammlungsbegriff .....	1642
b) Versammlungsformen .....	1643
3. Versammlungsbeteiligte .....	1644
a) Veranstalter .....	1644
b) Leiter .....	1645
c) Teilnehmer .....	1648
d) Kollisionen .....	1648
4. Zuordnungssubjekte .....	1649
5. Anmeldung .....	1650
a) Anmeldepflicht .....	1650
b) Anmeldeverfahren .....	1653

6. Kooperation .....	1656
a) Bedeutung .....	1656
b) Verfassungsrechtliche Grundlage .....	1657
c) Verfahrensrechtlicher Rahmen .....	1657
d) Inhalt und Umfang .....	1658
e) Phasen der Kooperation .....	1660
f) Folgen verweigerter Kooperation .....	1660
7. Verbote .....	1661
a) Allgemeines Störungsverbot .....	1661
b) Verbot des Waffentragens .....	1661
c) Uniformverbot .....	1662
d) Versammlungsverbot im Bannkreis .....	1664
e) Verbot von Passivbewaffnung und Vermummung .....	1664
8. Zuständigkeiten .....	1668
9. Befugnisse .....	1669
a) Systematik .....	1670
b) Rechte von Leiter und Ordnern .....	1674
c) Ordnungsrechte des Leiters .....	1675
d) Befugnisse von Versammlungsbehörde und Polizei .....	1675
<b>Kapitel 10. Rechtsschutz</b> ( <i>Gamp/Frister</i> ) .....	1699
I. Einleitung ( <i>Buchberger/Gamp</i> ) .....	1701
1. Verfassungsrechtliche Garantie des Art. 19 Abs. 4 GG .....	1701
2. Allgemeiner Justizgewähranspruch .....	1703
3. Verfassungsrechtliche Verfahrensgarantien .....	1703
4. Einschränkungen des Rechtsschutzes .....	1704
5. Wirksamer Rechtsschutz durch vorläufigen Rechtsschutz .....	1705
6. Exkurs: Bürger- und Polizeibeauftragte im Bund und in den Ländern .....	1705
II. Rechtsschutz gegen polizeirechtliche Maßnahmen ( <i>Buchberger/Gamp</i> ) .....	1706
1. Rechtsweg .....	1706
a) Sonderzuweisungen .....	1706
b) Privatrecht .....	1707
c) Doppelfunktionale Maßnahmen .....	1708
d) Rechtsweg bei der Strafverfolgungsvorsorge .....	1711
e) Rechtsweg bei Richtervorbehalten .....	1713
f) Rechtsweg bei erledigten Eingriffen .....	1714
2. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	1715
3. (Prozess)Gerichtliches Verfahren .....	1716
a) Rechtsschutz gegen belastende Verwaltungsakte .....	1717
b) Rechtsschutzbegehren auf polizeiliches Handeln .....	1735
c) Nachgehender Rechtsschutz .....	1740
d) Normenkontrollverfahren .....	1746
4. Rechtsmittel .....	1748
a) Berufungszulassung und Berufung .....	1748
b) Revisionszulassung und Revision .....	1751
c) Beschwerde .....	1753
5. Wirkung gerichtlicher Entscheidungen und Vollstreckung .....	1754
a) Wirkung gerichtlicher Entscheidungen .....	1754
b) Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen .....	1755
III. Rechtsschutz gegen strafprozessuale Eingriffe ( <i>Frister</i> ) .....	1755
1. Lückenhaftigkeit der gesetzlichen Regelung .....	1755

2. Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 98 Abs. 2 S. 2–5 StPO) .....	1756
a) Anwendungsbereich der Regelung .....	1756
b) Zuständigkeit und Verfahren .....	1758
3. Beschwerde (§§ 304 ff. StPO) .....	1759
4. Besonderheiten bei verdeckten Ermittlungsmaßnahmen .....	1760
a) Benachrichtigungspflicht .....	1760
b) Rechtsbehelf des § 101 Abs. 7 S. 2–4 StPO .....	1763
<b>Kapitel 11. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht und Haftung des     Bürgers für Polizeikosten (Gamp) .....</b>	<b>1765</b>
I. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht .....	1770
1. Grundlagen .....	1770
a) Bedeutung und Regelungsstruktur .....	1770
b) Handeln einer Polizei- oder Ordnungsbehörde .....	1772
c) Anspruchsauslösendes Verhalten .....	1774
d) Rechtswidrigkeit oder Rechtmäßigkeit des Verhaltens .....	1778
2. Ansprüche bei rechtmäßigem behördlichen Verhalten .....	1781
a) Ansprüche des Störers .....	1781
b) Ansprüche des Nichtstörers .....	1781
c) Ansprüche des Polizeihelfers und des nach § 323c StGB Hilfeleistenden .....	1783
d) Ansprüche unbeteiligter Dritter .....	1784
e) Ausgleichs- und Entschädigungsansprüche für „Jedermann“? .....	1786
3. Ansprüche bei rechtswidrigen behördlichen Maßnahmen .....	1787
a) Haftungstatbestände der polizei- und ordnungsrechtlichen Unrechthaftung .....	1788
b) Amtshaftung .....	1789
4. Inhalt, Art und Umfang der verschiedenen Sekundäransprüche .....	1797
a) Gesetzlich normierte Ausgleichs- und Entschädigungsansprüche .....	1797
b) Amtshaftungsanspruch .....	1799
c) Aufopferungs- bzw. enteignungsgleicher Anspruch .....	1800
5. Konkurrenzen, Anspruchsgegner, Rechtsweg .....	1801
a) Konkurrenzen .....	1801
b) Anspruchsgegner .....	1802
c) Rechtsweg .....	1803
II. Haftung für Polizeikosten .....	1803
1. Allgemeine Grundsätze .....	1803
a) Einführung .....	1803
b) Inhaltliche Schranken der Abgeltung staatlicher Leistungen durch Sonderlasten .....	1805
c) Haftung für Polizeikosten bei einer Störermehrheit .....	1815
d) Geltendmachung des polizeilichen Kostenerstattungsanspruchs .....	1820
2. Einzelfälle kostenpflichtiger polizeilicher Leistungen .....	1820
a) Kostenhaftung des Störers, des Anscheinstörers und bei Gefahrenverdacht .....	1820
b) Kostenhaftung bei privaten Großveranstaltungen .....	1825
c) Kostenhaftung im Zusammenhang mit Versammlungen .....	1831
d) Kostenhaftung beim Abschleppen bzw. Umsetzen von Kraftfahrzeugen .....	1833
e) Kostenhaftung für Fehlalarm .....	1838
f) Luftsicherheitsgebühr und Eigensicherungskosten .....	1840

<b>Kapitel 12. Europäische Rechtsgrundlagen und Institutionen des Polizeihandelns (Aden)</b> .....	1845
I. Einführung .....	1849
II. Rechtsgrundlagen des europäisierten Polizeihandelns im Wandel .....	1857
1. Rechtliche Handlungsformen und Rechtsetzungsverfahren für die Polizei- und Justizzusammenarbeit .....	1857
2. Übereinkommen über die Polizeiliche Zusammenarbeit in der EU .....	1860
a) Schengener Durchführungübereinkommen (SDÜ) und seine Integra- tion in den EU-Rahmen .....	1860
b) Bilaterale Abkommen für die Zusammenarbeit und gemeinsame Zen- tren in den Grenzregionen .....	1863
c) Vertrag von Prüm und seine Integration in die EU .....	1865
3. Rechtshilfe in Strafsachen in Europa und Justizzusammenarbeit in der EU .....	1867
a) Grundlagen .....	1867
b) Europäischer Haftbefehl .....	1868
c) Europäische Ermittlungsanordnung und gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen .....	1873
d) EU-Mindeststandards zu Verfahrensgarantien im Strafverfahren .....	1875
III. EU-Agenturen und -Einrichtungen für die Polizei- und Justizzusammen- arbeit .....	1876
1. Europol .....	1877
a) Rechtsgrundlagen: Vom völkerrechtlichen Vertrag zur EU-Verord- nung .....	1877
b) Aufgaben und Zuständigkeiten von Europol .....	1878
c) Europol-Verwaltungsstruktur und Personal .....	1880
d) Nationale Stellen, Verbindungsbeamte .....	1881
e) Kooperation und Datenaustausch mit Drittstaaten, Internationalen Or- ganisationen und Privaten .....	1882
f) Kontrolle und Datenschutz .....	1885
2. Eurojust .....	1888
a) Entstehungskontext und Rechtsgrundlage .....	1888
b) Aufgaben und Zuständigkeiten .....	1889
c) Organisation und Arbeitsweise .....	1890
d) Datenverarbeitung, Datenschutz und Kontrolle .....	1891
3. Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) .....	1892
4. Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) .....	1895
5. eu-LISA .....	1897
6. Aus- und Fortbildungsagentur CEPOL .....	1898
7. ENISA .....	1899
IV. Zentralisierter und vernetzter Informationsaustausch .....	1899
1. Zentralisierte Datenbanken .....	1901
a) Schengener Informationssystem .....	1901
b) Europol-Datenbanken .....	1903
c) Zugriff von Sicherheitsbehörden auf weitere EU-Datenbanken für die Migrationsverwaltung; Eurodac und VIS .....	1904
d) Weitere Projekte mit zentralisierten Datenbeständen und Herstellung von Interoperabilität .....	1905
2. Zugriff auf polizeiliche Datenbanken anderer EU-Mitgliedstaaten .....	1907
3. Nicht-automatisierter Informationsaustausch zwischen Polizeibehörden in der EU .....	1910
4. Informationsaustausch im Rahmen der Justizzusammenarbeit .....	1914

## Inhaltsverzeichnis

---

V. Polizeiliche Unterstützung anderer EU-Staaten bei Ermittlungen und Fahndung jenseits des Informationsaustausches .....	1916
1. Rechtshilfe aufgrund Europäischer Ermittlungsanordnungen .....	1917
a) Zeugen- und Sachverständigenvernehmung per Video- oder Telefonkonferenz .....	1917
b) Telekommunikationsüberwachung .....	1918
c) Verdeckte Ermittlung .....	1918
d) Kontrollierte Lieferungen .....	1920
e) Bank-, Konto- und Finanzinformationen .....	1921
2. Fahndung nach Personen und Sachen im Schengen-Raum .....	1922
a) Personenfahndung zum Zwecke der Auslieferung oder Übergabe ....	1922
b) Ingewahrsamnahme von vermissten oder gefährlichen Personen .....	1924
c) Sachfahndung zur Sicherstellung oder Beweissicherung in Strafverfahren .....	1924
d) Verdeckte oder gezielte Kontrolle von Personen oder Sachen .....	1925
VI. Polizeihandeln auf dem Hoheitsgebiet anderer EU-Staaten .....	1927
1. Ausübung von Hoheitsrechten auf dem Territorium anderer EU- und Schengen-Staaten .....	1927
a) Tätigwerden ausländischer Polizeibediensteter in Deutschland .....	1927
b) Tätigwerden deutscher Polizeibediensteter im Ausland .....	1928
2. Gemeinsame Einsatzformen .....	1928
a) Gemeinsame Streifen .....	1928
b) Unterstellung von Polizeibeamten eines anderen Mitgliedstaates .....	1930
c) Grenzüberschreitende polizeiliche Nothilfe .....	1930
d) Unterstützung bei polizeilichen Großlagen .....	1930
3. Gemeinsame Ermittlungsgruppen .....	1931
a) Begriff und Rechtsgrundlagen .....	1931
b) Organisation und Befugnisse .....	1932
c) Verfahrensvorschriften des deutschen Rechts .....	1933
d) Beteiligung von Europol und Eurojust .....	1934
4. Grenzüberschreitende Nachteile .....	1934
5. Grenzüberschreitende Observation .....	1937
VII. Polizeihandeln an den Schnittstellen zwischen innerer Sicherheit und EU-Außenpolitik .....	1940
1. Listung von Terrorverdächtigen .....	1940
2. Internationale Polizeimissionen .....	1942
VIII. Fazit und Ausblick .....	1943
Sachverzeichnis .....	1947